



KETTENSÄGE ODER RASENMÄHER

Mehr Milei wagen?

Argentiniens Schocktherapie passt nicht zu Deutschland. Das Rezept von Koch und Steinbrück schon.

Man hört den Satz an jedem zweiten Stammtisch und in fast jeder Unternehmerrunde: „Es geht ja nichts mehr in diesem Land.“ Die Brücke ist seit Jahren gesperrt, die Genehmigung für die Lagerhalle dauert länger als ihr Bau, und das Formular zur Entlastung von Formularen umfasst sechs Seiten. Wer so denkt, landet bei einer verführerischen Frage: Braucht Deutschland nicht jemanden, der die Dinge einfach durchzieht? Jemanden wie Javier Milei?

Knapp drei Jahre nach Mileis Amtsantritt ist die Bilanz weder das Wirtschaftswunder, das seine Bewunderer feiern, noch die soziale Katastrophe, die seine Gegner vorhersagten. Sie ist komplizierter – und gerade deshalb lehrreich. Wer am Ende findet, dass die argentinische Kettensäge nicht zu Deutschland passt, stößt in der eigenen Geschichte auf ein Werkzeug, das passt: den Rasenmäher von Roland Koch und Peer Steinbrück.

Der Patient Deutschland

Das Gefühl, es gehe „nichts mehr“, deckt sich nur bedingt mit den Zahlen. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für 2026 von 0,5 auf 1,3 Prozent angehoben. Die Wirtschaftsleistung liegt laut Gemeinschaftsdiagnose erstmals wieder über dem Niveau von 2022.

Doch schon deren Titel benennt das Problem: „Aufschwung mit Strukturproblemen – Finanzpolitik auf Abwegen“.

Getragen wird der Aufschwung von Exporten und öffentlichem Konsum. Das staatliche Defizit soll von 4,1 Prozent der Wirtschaftsleistung auf 4,7 Prozent im Jahr 2028 steigen, das Potenzialwachstum veranschlagen die Institute bis 2031 auf lediglich 0,3 Prozent pro Jahr. Die Erwerbstätigkeit sinkt 2026 nach einer IAB-Prognose um rund 210.000 Personen. Hinzu kommt die Bürokratie. Zum Koalitionsversprechen, 20 Prozent der Verwaltungsvorschriften des Bundes abzuschaffen, hält der Nationale Normenkontrollrat (NKR) trocken fest: „Eine Umsetzung ist für den NKR nicht erkennbar.“ Sein Vorsitzender Lutz Goebel schätzt, dass mehr als die Hälfte des Gewinns der Wirtschaft durch Bürokratie aufgefressen werde. Die Diagnose lautet also nicht: Deutschland ist bankrott. Sie lautet eher: Deutschland ist verkrustet, alternd, überreguliert – und finanziert seine Gegenwart zunehmend auf Pump. Das ist eine andere Krankheit als die Argentiniens.

Was Milei getan hat

Milei übernahm im Dezember 2023 ein Land am Abgrund: zweistellige Monatsinflation, ein chronisches, über die Notenpresse finanziertes Haushaltsdefizit, Devisenkontrollen, ein Dickicht von Preis- und Importregeln. Seine Antwort war die Kettensäge, die er im Wahlkampf medienwirksam schwang. Hinter dem Symbol stehen fünf Hebel.

Erstens: Der Haushalt. Milei setzte vom ersten Tag an auf einen Primärüberschuss – einen Haushalt, der ohne Zinszahlungen im Plus ist – und hält Kurs: In den ersten sieben Monaten 2026 – im Juni fiel ein Defizit an - lag er bei 0,9 Prozent der Wirtschaftsleistung, der Gesamtsaldo einschließlich Zinsen bei 0,1 Prozent. Für ein Land, das seine Defizite jahrzehntelang über die Notenbank finanziert hat, ist das ein Kulturbruch. **Zweitens: Der Staatsapparat.** Die Zahl der Ministerien sank von 18 auf 8, die der Beschäftigten in nationaler Verwaltung und Staatsunternehmen laut Statistikamt INDEC von 343.357 im November 2023 auf 269.025 im August 2026 – ein Minus von 21,6 Prozent. Die Regierung beziffert die Einsparung auf rund 2,5 Milliarden US-Dollar. **Drittens: Die Deregulierung.** Ein eigenes Ministerium unter Federico Sturzenegger zählt bis September 2026 807 Deregulierungsnormen, 2.891 geänderte oder abgeschaffte Vorschriften und 17.606 geänderte oder gestrichene Normartikel. Das misst Aktivität, nicht Wirkung. Es zeigt aber, dass hier jemand den Normenbestand systematisch durchforstet, statt nur Entlastungsziele auszurufen. **Viertens: Der Arbeitsmarkt.** Im Februar 2026 passierte eine umfassende Arbeitsmarktreform den Kongress; der Senat stimmte mit 42 zu 28 Stimmen zu. Sie verlängert die Probezeit, erlaubt nach Vereinbarung Arbeitstage von bis zu zwölf Stunden, stellt Betriebs- vor Flächentarifverträge, verbilligt Kündigungen und verlangt bei Streiks in „essenziellen“ Diensten eine Mindestversorgung von 75

Prozent. Ziel ist mehr reguläre Beschäftigung in einem Land, in dem rund 44 Prozent der Erwerbstätigen informell arbeiten. **Fünftens: Die politische Absicherung.** Milei setzte seinen Kurs mit den Wählern durch, nicht gegen sie. Bei den Zwischenwahlen im Oktober 2025 holte La Libertad Avanza entgegen fast allen Prognosen 40,7 Prozent, die Peronisten 31,7 Prozent – allerdings mit massiver Hilfe aus Washington: Präsident Trump hatte seine Unterstützung -darunter ein Währungsswap über 20 Milliarden US-Dollar – vom Wahlsieg Mileis abhängig gemacht.

Die Erfolge: Was für Milei spricht

Der größte Erfolg ist unbestreitbar. Im April 2024 lag die Jahresinflation bei fast 290 Prozent, im September 2026 bei 33,4 Prozent; die Monatsrate blieb zwei Monate in Folge unter der symbolischen Zwei-Prozent-Marke. Was in deutschen Ohren absurd klingt, ist für Argentinier, die ihren Lohn früher am Zahltag sofort in Dollar oder Nudeln tauschten, eine Befreiung. Inflation ist die regressivste aller Steuern: Sie trifft die Armen zuerst. **Zweitens** sank die Armut zunächst deutlich: Im zweiten Halbjahr 2025 galten 28,2 Prozent der Argentinier als arm, nach 38,1 Prozent ein Jahr zuvor. Mileis Behauptung, er habe 14 Millionen Menschen aus der Armut geholt, ist geschönt, weil sie vom Höhepunkt der selbst ausgelösten Schockphase aus rechnet. Der Mechanismus aber stimmt: Wo die Preise nicht mehr galoppieren, wirken auch kleine Lohnzuwächse.

Drittens wuchs die Wirtschaft 2025 um rund 4,5 Prozent. Die Exporte stiegen im ersten Halbjahr 2026 um 24,4 Prozent, getragen vor allem von Energie und Landwirtschaft; die Leistungsbilanz wies im zweiten Quartal 2,2 Milliarden US-Dollar Überschuss aus. **Viertens** – für Deutschland vielleicht am wichtigsten – erweist sich der Überschuss als Schutzschild. Als die Renditen amerikanischer Staatsanleihen im August 2026 auf über 5,3 Prozent stiegen - den höchsten Stand seit 2007 - , gerieten Schuldenstaaten weltweit unter Druck. Die Haushaltsanpassung habe „die Mauern der Burg erhöht“, sagt Citi-Chefökonom Ricardo Dessy im Interview mit La Nación. Der Überschuss dämpft den Schock – Vertrauen ersetzt er allerdings nicht, wie sich am Kapitalmarkt zeigt. **Fünftens** hat Milei gezeigt, dass Reformpolitik nicht zwingend Wähler kosten muss – wenn das Versprechen glaubwürdig und der Leidensdruck groß genug ist.

Die Kosten: Was gegen Milei spricht

Doch jede dieser Erfolgsmeldungen hat eine Kehrseite, und im Herbst 2026 tritt sie deutlicher hervor denn je. **Die Armut steigt wieder.** Im ersten Halbjahr 2026 lag die Armutsquote bei 32,3 Prozent – 4,1 Punkte mehr binnen sechs Monaten; unter Kindern bis 14 Jahren sind 44,5 Prozent arm, die extreme Armut kletterte von 6,3 auf 7,5 Prozent. Die Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte stiegen um 11,5 Prozent, der Warenkorb zur Armutsmessung aber

um fast 20 Prozent. Die Katholische Universität UCA hält bis Jahresende 35 Prozent für möglich.

Die Wirtschaft stottert. Im zweiten Quartal 2026 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal um 0,6 Prozent, im Juli brach die Aktivität um 2,9 Prozent ein – der stärkste Rückgang seit der Pandemie. Analysten erwarten eine technische Rezession, der IWF hat seine Wachstumsprognose für 2026 von 3,5 auf 2,1 Prozent gesenkt. Die Ökonomin Marina Dal Poggetto spricht im Vorwahljahr 2026 - von einer „Zwei-Spur-Wirtschaft“: Energie, Landwirtschaft und der Finanzsektor boomen, Industrie, Bau und Handel stagnieren.; die Industrieproduktion sank in den ersten sieben Monaten um 2,6 Prozent.

Die Investitionen bleiben aus. Das wiegt am schwersten, denn auf private Investitionen setzt das gesamte libertäre Modell. Im ersten wie im zweiten Quartal 2026 fielen sie um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Länderrisikoaufschlag stieg im Oktober zeitweise auf über 700 Basispunkte; den Kapitalmarkt hat Argentinien damit faktisch verloren, während 2027 mehr als 21 Milliarden US-Dollar fällig werden. An den Märkten wächst die Sorge, dass nach der Wahl 2027 die Peronisten zurückkehren und alles rückgängig machen. Reformen, die nicht über den Tag hinaus abgesichert sind, schaffen kein Vertrauen.

Die Kettensäge trifft auch das Falsche. Laut der Rektorenkonferenz CIN sanken die Transfers an die

staatlichen Universitäten zwischen 2023 und September 2026 real um 46,3 Prozent. Das gebührenfreie System, Wiege von fünf Nobelpreisträgern, droht Forscher ans Ausland zu verlieren. Wer bei Bildung spart, um kurzfristig den Haushalt auszugleichen, gefährdet das Humankapital, auf dem langfristiges Wachstum ruht.

Der Umgang mit dem Rechtsstaat ist problematisch. Milei hat lange per Dekret regiert. Als der Kongress ein Gesetz zur Universitätsfinanzierung beschloss und Mileis Veto mit Zweidrittelmehrheit überstimmte, setzte die Regierung es per Dekret aus. Ein Bundesgericht hat dieses Dekret inzwischen in erster Instanz für verfassungswidrig erklärt. Ein Präsident, der beschlossene Gesetze nicht anwendet, untergräbt genau die Institutionen, auf die Investoren vertrauen müssen.

Der Erfolg hängt am Tropf. Ohne den IWF-Kredit über 20 Milliarden US-Dollar und den amerikanischen Swap in gleicher Höhe wäre die Stabilisierung im Herbst 2025 womöglich gescheitert. Ein Reformmodell, das auch von der Gunst eines ausländischen Präsidenten abhängig sein mag, ist kein Exportmodell.

Passt das Rezept zur Krankheit?

Hier liegt der Denkfehler der „Milei-wagen“-Rhetorik: Sie verwechselt die Therapie mit der Krankheit. Milei bekämpfte eine Hochinflation, die aus über die Notenpresse finanzierten Defiziten entstanden war.

Deutschland hat weder eine eigene Notenpresse noch eine Hochinflation. Eine Schocktherapie hätte hierzulande weder einen ökonomischen Anlass noch eine politische Mehrheit. Zudem sind die Strukturen grundverschieden. Argentiniens Präsident kann per Notverordnung regieren; die Bundesrepublik ist ein föderaler Parlamentsstaat mit Bundesrat, Verfassungsgericht und Sozialstaatsgebot. Ein Kanzler, der 20 Prozent der Bundesbediensteten entlassen oder das Streikrecht einschränken wollte, hätte dafür kein Dekret zur Hand. Er würde am Beamtenrecht, am Parlament und notfalls in Karlsruhe scheitern, bevor er die Kettensäge angeworfen hätte. Und das ist gut so. Hinzu kommt ein Befund aus dem Jahresbericht 2026 des Normenkontrollrats: Rund 60 Prozent des Erfüllungsaufwands für die Wirtschaft entstehen inzwischen durch europäische Regulierung – und das obwohl der Erfüllungsaufwand insgesamt um 6,8 Milliarden Euro gesunken ist; entlastet wurden dabei fast nur die Bürger. Hauptkostentreiber bei den Bürokratiekosten war die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung. Vieles davon könnte ein deutscher Milei gar nicht allein abschaffen.

Und doch wäre es zu bequem, die Debatte damit zu beenden. Denn „Deutschland ist nicht Argentinien“ dient allzu oft als Ausrede, gar nichts zu ändern.

Was Deutschland tatsächlich lernen kann

Trennt man die Methode von der Ideologie, bleiben vier Lehren, die auch ohne Kettensäge taugen.

Erstens: Deregulierung braucht einen Eigentümer. Sturzenegger leitet ein Ministerium, dessen Hauptzweck der Abbau von Vorschriften ist, und berichtet monatlich über Fortschritte. Das deutsche Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung ist ein Ansatz, doch der Normenkontrollrat beklagt Silodenken zwischen den Ressorts und mahnt die „klare Rückendeckung durch den Bundeskanzler“ an. Wer Ergebnisse will, muss Zuständigkeiten bündeln und Fortschritt messbar machen.

Zweitens: Die Beweislast umkehren. Die Bundesregierung will nur noch Berichtspflichten erhalten, deren besondere Erforderlichkeit das jeweilige Ministerium ausdrücklich begründet. Das ist die rechtsstaatliche Version der Kettensäge – und sie sollte für den gesamten Normenbestand gelten, ergänzt um Verfallsklauseln für neue Gesetze. **Drittens: Haushaltsdisziplin als Versicherung.** Wie wertvoll solide Staatsfinanzen bei steigenden Zinsen sind – und dass sie allein nicht genügen –, zeigt Argentinien gerade. Ein deutsches Defizit, das bis 2028 auf 4,7 Prozent wächst, bei 0,3 Prozent Potenzialwachstum, ist kein nachhaltiger Pfad. Schulden für Verteidigung und Infrastruktur können sinnvoll sein; Schulden, die Strukturreformen ersetzen, sind es nicht. **Viertens: Der Mut zur Wahrheit.** Milei hat den Wählern gesagt, dass es wehtun wird, und sie haben ihn gewählt und 2025 bei den Zwischenwahlen bestätigt. In Deutschland dagegen gilt jede Zumutung als Risiko für die

nächste Wahl. Das Ergebnis ist eine Politik der Ankündigungen. Der Normenkontrollrat hält dagegen: „Entscheidend sind nicht ambitionierte Beschlüsse, sondern deren konsequente Umsetzung.“ Ebenso klar sind die Warnungen: Reformen müssen die Legislaturperiode überdauern, sonst zahlt man wie Argentinien einen hohen Risikoaufschlag. Kürzungen bei Bildung und Forschung sind Kürzungen an der Zukunft. Und wer Institutionen übergeht, statt sie zu reformieren, beschädigt das Vertrauen, das jede Marktwirtschaft braucht.

Koch-Steinbrück II: Der deutsche Rasenmäher

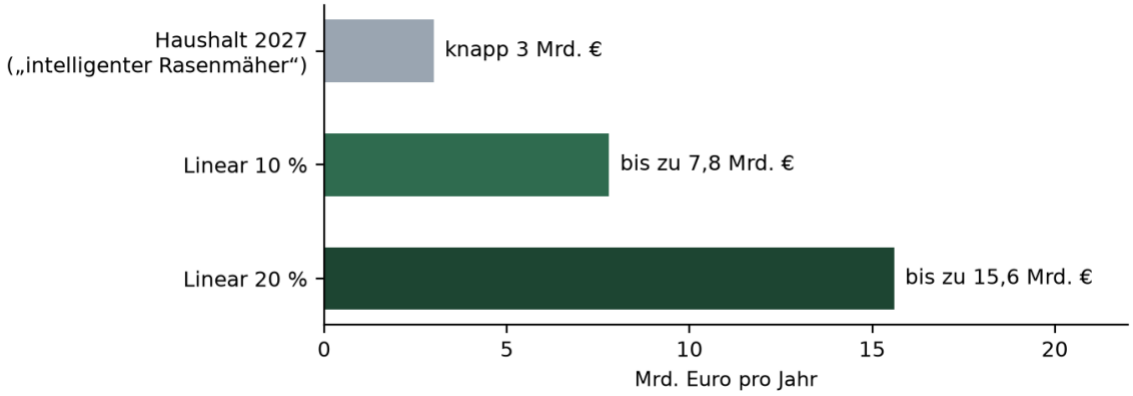
Wer Mileis Kettensäge für zu grob hält, findet eine deutsche Alternative. Sie nimmt das Wesentliche der argentinischen Erfahrung auf – Konsequenz statt Einzelfallgefeilsche –, ohne deren Exzesse zu übernehmen. Sie stammt aus Wiesbaden und Düsseldorf und war von Anfang an parteiübergreifend. **Das Vorbild von 2003.** Am 30. September 2003 legten die Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU, Hessen) und Peer Steinbrück (SPD, Nordrhein-Westfalen) ihr Papier „Subventionsabbau im Konsens“ vor. Die erfassten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sollten von 2004 bis 2006 linear um jährlich vier, insgesamt zwölf Prozent sinken – veranschlagt waren 15,8 Milliarden Euro, danach 10,5 Milliarden jährlich. Ausgenommen werden sollte nach Steinbrücks Worten, was Mittelstand, Qualifizierung, Ausbildung und Wissenschaft dient; „über alles andere sind

wir mit dem Rasenmäher hinweggegangen“. Wesentliche Teile wurden Ende 2003 mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2004 Gesetz – das damals als größtes Subventionsabbauprogramm der Nachkriegsgeschichte galt. Laut einer Bilanz des Kieler Instituts für Weltwirtschaft wurde das Ziel insgesamt übertroffen; nach Rechnung der Ludwig-Erhard-Stiftung kamen über die Jahre mehr als 20 Milliarden Euro zusammen. **Warum der Rasenmäher funktioniert.** Es gehe nur so, sagte Steinbrück später als Bundesfinanzminister, „weil überall in den einzelnen Fördertatbeständen Festungskommandanten sitzen, die bis an die Zähne bewaffnet sind“. Koch beschreibt dasselbe Problem: Im „Gestrüpp der Argumente“ sei kaum zu verteidigen, warum man etwas wegnehmen solle, mit dem doch Gutes geleistet werde. Wer jede Kürzung einzeln verhandelt, verliert gegen die organisierten Interessen – diese Einsicht trägt auch Mileis Kurs. Der lineare Schnitt kehrt die Logik um. Er ist solidarisch, weil alle beitragen; berechenbar, weil er schrittweise kommt; rechtsstaatlich, wenn er sauber durch das reguläre Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat geht. Genau das gelang 2003 nur teilweise: Das Bundesverfassungsgericht hat später Teile des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 als unvereinbar mit dem Grundgesetz festgestellt, weil der Vermittlungsausschuss seine Kompetenzen überschritten hatte; die Normen blieben jedoch bis zu ihrer Bestätigung bzw. Neuregelung

anwendbar. Der Rasenmäher ist die deutsche Antwort auf die Kettensäge.

Die Rechnung für heute. Der Druck ist größer als 2003. Laut 30. Subventionsbericht steigen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes von 45 Milliarden Euro (2023) auf 77,8 Milliarden (Sollzahl 2026) – gut 70 Prozent mehr, vor allem durch höhere Finanzhilfen aus dem Klima- und Transformationsfonds und zur Entlastung bei den Energiepreisen. Gesamtstaatliche Abgrenzungen kommen sogar auf 285 Milliarden Euro (Kieler Institut für Weltwirtschaft, 2024) bis 321 Milliarden Euro (Freiburger Subventionsbericht, 2026). Schon auf der engen Bundesbasis brächte ein linearer Schnitt von zehn Prozent bis zu 7,8 Milliarden Euro im Jahr, einer von 20 Prozent bis zu 15,6 Milliarden – je nachdem, wie viel durch Ausnahmen und rechtliche Bindungen herausfällt.

Was der Rasenmäher bringen würde
Jährliche Einsparung bei linearer Kürzung der Bundessubventionen (77,8 Mrd. Euro, 2026), Bruttowerte vor Ausnahmen, in Mrd. Euro



Zum Vergleich Koch-Steinbrück 2003: 3 × 4 Prozent, 15,8 Mrd. Euro in drei Jahren. Quellen: 30. Subventionsbericht, Bundesregierung; Bundesregierung, Haushaltsentwurf 2027; eigene Berechnung.

Der halbe Rasenmäher von 2026. In Berlin ist die Idee nur zur Hälfte angekommen. Finanzminister Lars Klingbeil schloss den Rasenmäher Vorschlag von Jens Spahn - alle Subventionen und Steuervergünstigungen um fünf Prozent zu kürzen - , zumindest in Teilbereichen nicht aus. Koch und Steinbrück ermunterten dazu. Kanzler Friedrich Merz äußerte sich skeptisch. Herausgekommen ist im Haushaltsentwurf 2027 ein „intelligenter Rasenmäher“: Bei noch nicht zugesagten Mitteln sollen grundsätzlich 30 Prozent mit Ausnahmen gekürzt werden. Das soll 2027 rund drei Milliarden Euro bringen – bei fast 78 Milliarden Euro Subventionen. Das ist kein Koch-Steinbrück, das ist Rasenpflege am Rand. Ein Koch-Steinbrück II sollte aus beiden Erfahrungen lernen – der deutschen von 2003 und der argentinischen von heute. **Erstens: Ein klarer Schnitt.** Zehn Prozent linear auf alle Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes, bei Bedarf 20 Prozent, gestreckt über drei Jahre. Das ist moderat im Vergleich zu Milei,– aber spürbar genug, um zu wirken. **Zweitens: Die Ausnahmen von 2003 beibehalten.** Mittelstand, Ausbildung, Qualifizierung und Wissenschaft bleiben außen vor. Argentinien zeigt, was geschieht, wenn die Säge auch Universitäten und Forschung trifft. **Drittens: Die**

Beweislast umkehren. Wer seinen Bereich ausnehmen will, muss öffentlich begründen, warum gerade er keinen solidarischen Beitrag leisten kann – dieselbe Logik wie oben bei Vorschriften und Berichtspflichten, angewandt auf das Geld. **Viertens: Der Rasenmäher ist nur der erste Schritt.** Ihm muss die Einzelprüfung jeder Subvention folgen, verbunden mit Befristungen – von 107 Steuervergünstigungen des Bundes sind 90 unbefristet. Zudem sollte die Koalition einlösen, was sie für den Klima- und Transformationsfonds vereinbart hat: Kleinstprogramme mit perspektivisch weniger als 50 Millionen Euro Fördervolumen auslaufen zu lassen.

Die Grenzen. Der Rasenmäher schneidet Sinnvolles und Unsinniges gleich tief. Die Ökonomin Philippa Sigl-Glöckner (vom „Dezernat Zukunft“) verlangt deshalb, Finanzhilfen einer systematischen Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen; ihr Institut hat dafür eigens einen Indikator entwickelt. Schon 2003 verlief die Umsetzung zum Teil anders als vorgeschlagen. Nötig ist zudem eine saubere Abgrenzung: Die Zuschüsse an Renten- und Krankenversicherung, die Merz als Risiko anführt, gehören in eine eigene Reformdebatte. Weil eine positive Wachstumswirkung von Subventionen nicht erkennbar sei, hält der Freiburger Ökonom Lars Feld auch eine gleichmäßige Kürzung als ersten Schritt für sinnvoll. Das Quaken der Frösche muss man aushalten, wenn man die Sümpfe trockenlegen will.

Bewertung

Was also ist von der Forderung zu halten, „mehr Milei zu wagen“? Als ökonomisches Rezept taugt Milei für Deutschland nicht. Seine Schocktherapie war die Antwort auf eine Hochinflation, die die Bundesrepublik nicht hat. Ihre sozialen Kosten – wieder steigende Armut, ein Bildungssystem unter Druck, eine Wirtschaft am Rand der Rezession – wären hier weder vermittelbar noch verfassungsrechtlich durchsetzbar. Und ob aus der Stabilisierung dauerhaftes Wachstum wird, zeigt sich frühestens nach der Präsidentschaftswahl 2027. Als politische Haltung aber verdient Milei mehr Aufmerksamkeit, als seine Kritiker ihm zugestehen. Er hat gezeigt, dass ein Staat seinen Normenbestand systematisch durchforsten kann, dass Haushaltsdisziplin in Krisen Spielräume schafft und dass Wähler Reformen honorieren können, wenn sie ehrlich begründet werden. Daran fehlt es in Deutschland – nicht an Konzepten, sondern an Konsequenz.

Und wenn die große Deregulierung zu lange dauert, liegt ein schnelleres Werkzeug bereit: Was ein Christdemokrat und ein Sozialdemokrat 2003 gemeinsam mit zwölf Prozent anstießen, sollte heute, nach einem Subventionsanstieg von rund 70 Prozent seit 2023, mit zehn bis 20 Prozent möglich sein. Die Formel lautet daher: Mileis Entschlossenheit ja, seine Kettensäge nein – wohl aber der Rasenmäher von Koch und Steinbrück. Deutschland

braucht keinen Präsidenten, der per Dekret regiert, sondern eine Regierung, die umsetzt, was sie beschlossen hat: mit einem Kanzleramt, das den Bürokratieabbau zur Chefsache macht, mit Verfallsdaten für Gesetze und Beweislastumkehr für jede Vorschrift, mit einem linearen Subventionsabbau von zehn, notfalls 20 Prozent – und mit dem Mut zu sagen, dass sich Wohlstand nicht auf Kredit sichern lässt.

Oder, mit einem Satz, der in der Bundesrepublik Tradition hat: Man muss nicht mehr Milei wagen. Man muss mehr Reform wagen – notfalls mit dem Rasenmäher, wie Koch und Steinbrück es vorgemacht haben – und sie diesmal auch umsetzen.

RS 02.11.26